



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	144-2024
Vorstossart:	Interpellation
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2024.RRGR.200
Eingereicht am:	10.06.2024
Fraktionsvorstoss:	Ja
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Die Mitte (Matti, Zweisimmen) (Sprecher/in)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Politische Bildung im Kanton Bern, ist der Lehrplan 21 ausreichend?

Es ist eine einzigartige Errungenschaft der Schweizer Demokratie, dass alle Bürgerinnen und Bürger, die wollen, ein grosses Mitsprache- und Teilhaberecht an unserem Politiksystem haben, sofern sie sich ihrer Rechte bewusst sind und auch wissen, wie diese auszuüben sind. Damit im Zusammenhang sollte die Volksschule ihre Verantwortung wahrnehmen und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von morgen während ihrer Schulzeit mittels einer ausreichenden politischen Bildung auf ihre politischen Rechte aufmerksam machen und ihnen zudem auch das Werkzeug an die Hand geben, sich mit den heutzutage sehr komplex gewordenen politischen Themen auseinandersetzen zu können.

Der Lehrplan 21 behandelt die politische Bildung fächerübergreifend anhand von mehreren Lernzielen und Kompetenzen. So werden im Fach Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) in den Lernzielen 10.3 bis 10.5 die Themen öffentliche Institutionen, Macht und Recht sowie politische Handlungskompetenz behandelt.¹ Im Fach Raum, Zeit, Geschichte (RZG) ist die politische Bildung in den Lernzielen 8.1 bis 8.3 direkt verankert, wobei die Schülerinnen und Schüler die Eigenheiten der Schweizer Demokratie kennenlernen, die Entwicklung, Bedeutung und Bedrohung der Menschenrechte abhandeln und ihnen die Positionierung der Schweiz in Europa und auf der Welt vermittelt wird.² Dennoch musste die aktuellste Ausgabe des «DSJ Jugend- und Politikmonitor» feststellen, dass auch mit dem Lehrplan 21 sowohl der Lernertrag in Bezug auf die politische Bildung bei den Jugendlichen schlecht ausfällt als auch die 15- bis 25-Jährigen sich durch die Schule nicht gut auf Wahlen und Abstimmungen vorbereitet fühlen.³

¹ Gesamtausgabe Lehrplan 21 Kanton Bern, S. 325-326

² Gesamtausgabe Lehrplan 21 Kanton Bern, S. 379-380

³ DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023, S. 31-32

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat den oben genannten Bericht «DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023» in Bezug auf das Kapitel 5 Politik in der Schule? Gibt es im Kanton Bern ähnliche Studien, die sich nur auf die Volksschule des Kantons Bern konzentrieren?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die politische Bildung im Lehrplan 21 respektive in der Volksschulbildung im Kanton Bern ausreichend verankert ist?
3. Der Lehrplan 21 ist seit dem 1. August 2020 definitiv für alle Stufen in Kraft. Wie wird sichergestellt, dass die einzelnen Lernziele und Kompetenzen im Zusammenhang mit der politischen Bildung (oben genannt) von den Lehrpersonen auch effektiv umgesetzt werden?
4. Mit welchen Lehrmitteln wird die politische Bildung im Lehrplan 21, spezifischer die Lernziele von Raum Zeit und Geschichte (RZG) 8.1 bis 8.3 sowie Natur Mensch Geschichte (NMG) 10.3, 10.4, 10.5 heute in der Berner Volksschule behandelt? Haben die Schulen bei der Wahl des Lernmittels Handlungsspielraum?
5. Der Regierungsrat hat in der Antwort zur Interpellation Schindler/Stucki I 038/2015 erwähnt, dass beabsichtigt wird, Schulklassen aus dem Kanton Bern bei einer Teilnahme am Projekt «Schulen nach Bern» finanziell zu unterstützen? Wie sieht in Bezug auf dieses Projekt die finanzielle Unterstützung für Schulen aus dem Kanton Bern aus?
6. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, die Schulen bei weiteren Projekten im Zusammenhang mit der politischen Bildung mit finanziellen und weiteren Ressourcen zu unterstützen, beispielsweise durch das Einführen von Sonderwochen auf mehreren Schulstufen, welche sich primär dem Thema der politischen Bildung widmen?

Verteiler

– Grosser Rat